

Thomas Sauer (Hg.)

Ökonomie der Nachhaltigkeit

Grundlagen, Indikatoren, Strategien

Metropolis-Verlag
Marburg 2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2012

Zweite, durchgesehene Auflage 2013

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1016-8

Einleitung

Thomas Sauer

Dieser Band dokumentiert Beiträge, die im Zusammenhang mit einer Internationalen volkswirtschaftlichen Fachtagung zur „Ökonomie der Nachhaltigkeit“ entstanden sind, die vom 11.-13. Mai 2011 in Jena stattfand.

I

Der erste Themenblock „*Wohlstand, Glück oder Wachstum: Die Anforderungen an eine Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des 21. Jahrhunderts*“ sollte wesentliche begriffliche und methodische Grundlagen für eine Diskussion der „Ökonomie der Nachhaltigkeit“ legen.

Nina V. Michaelis beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der *Reform der Wohlmessung als Grundlage für eine Nachhaltige Ökonomie* und bewertet einige zentrale alternativer Ansätze und deren Umsetzung. Bemerkenswert ist, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ursprünglich gar nicht als Wohlstandsmaß entwickelt wurde, nunmehr aber bereits seit Jahrzehnten als Maßstab für den Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft und deren Wohlergehen Verwendung findet. Dabei ist weder die Kritik am BIP als Wohlstandsmaß neu, noch fehlen Reformvorschläge aller Art, z.B. Erweiterung des BIP um geeignete Berichtssysteme, Human Development Index, Gross National Happiness, Neuer Wohlfahrtsindex, Nachhaltigkeitsindikatoren. Dennoch konnte sich aufgrund vielfältiger Hemmnisse sich bislang kein weitergehender Ansatz international durchsetzen. Eine Reform der Wohlmessung ist jedoch eine notwendige Voraussetzung bei der Ausrichtung von Volkswirtschaften auf eine nachhaltige Entwicklung. Durch den Abschlussbericht der von Stiglitz, Sen und Fitoussi geleiteten „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (CMEPSP) wurde

die Debatte um alternative Wohlstandsmaße neu belebt und fand schließlich auch in Deutschland in Form einer Enquete-Kommission Eingang in den politischen Prozess.

Roland Zieschank und *Hans Diefenbacher* sind schon seit längerem in der deutschen Debatte mit ihrem Vorschlag eines ‚Nationalen Wohlfahrtsindex‘ hervorgetreten, der als eigenständiger Beitrag zur Diskussion um eine nachhaltigere Ökonomie verstanden werden kann. Hier legen sie eine erweiterte Version dieses Indices vor. Die Aufgabe, einem nachhaltigeren Wirtschaftsprozess näher zu kommen, hängt demnach eng mit einem doppelten Problem zusammen: Gesellschaften verfolgen bislang meist eine explizite wirtschaftliche Wachstumsstrategie, während andererseits deren Erfolge schwinden – und die negativen ökologischen und sozialen Begleiterscheinungen bei näherem Hinsehen sogar steigen. Der Beitrag gibt sowohl einen Überblick zum gesellschaftlichen Kontext, in dem der Nationale Wohlfahrtsindex als ergänzendes Berichtssystem zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttonationaleinkommen entstanden ist, als auch zum Konstruktionsprinzip und einigen Ergebnissen. Es geht um zukünftige Strategien, inwieweit sich bei wirtschaftlichen Aktivitäten die physischen Stoff- und Energieströme sowie negativen Eingriffe in Ökosysteme und Natur abschwächen lassen – und Gesellschaften davon profitieren.

Karlheinz Ruckriegel stellt in seinem Beitrag wichtige *Erkenntnisse der Glücksforschung und ihre Konsequenzen für die Zielsetzung der Wirtschaftspolitik* vor. Er vertritt die Auffassung, dass die Ergebnisse der interdisziplinären Glücksforschung gerade dabei sind, eine Epochenwende herbeizuführen: weg vom Denken in Kategorien des Wirtschaftswachstums, hin zum Denken in den Kategorien eines „besseren Lebens“. Es gehe nicht mehr um eine Erhöhung des Einkommens, sondern um eine Steigerung der Lebensqualität und des subjektiven Wohlbefindens. Mehr Einkommen macht uns nicht (mehr) glücklicher. Nach den Ergebnissen der interdisziplinären Glücksforschung kommt es deshalb vor allem auf gelingende soziale Beziehungen, Gesundheit, die Einstellung zum Leben, auf eine befriedigende Arbeit und persönliche Entscheidungsspielräume an. Nach den Irrungen und Wirrungen, die mit „*Shareholder Value*“ auf den Punkt gebracht werden können, kommen wir zurück zu den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft, für die der Mensch das Maß aller Dinge war (Wilhelm Röpke). Nach Alexander Rüstow hat die Politik des Staates alle Faktoren in Betracht zu ziehen, „von denen in

Wirklichkeit Glück, Wohlbefinden und Zufriedenheit des Menschen abhängen.“

II

Im zweiten Themenblock „*Grundlagen einer Nachhaltigen Ökonomie*“ werden wesentliche theoretische und didaktische Grundlagen für eine Neuorientierung der Volkswirtschaftslehre unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit an den Hochschulen zur Diskussion gestellt werden. Debattiert wurden neben den Ansätzen der Ökologischen und Nachhaltigen Ökonomie sowie der Postwachstumsökonomie auch Möglichkeiten der Integration der neuen Lehrinhalte in das Curriculum.

Holger Rogall zeigt in seinem Beitrag die Dringlichkeit des Paradigmenwechsels *von einer traditionellen Ökonomie zur Nachhaltigen Ökonomie* auf. Dabei geht es zunächst um die Gründe dafür, dass die traditionelle Ökonomie keinen ausreichenden Beitrag für eine Nachhaltige Entwicklung leisten kann und daher von einer Nachhaltigen Ökonomie ersetzt werden muss. Hierzu wird zunächst die traditionelle Ökonomie, insbesondere die neoklassische Umweltökonomie und ihr Analyseverlauf skizziert, dann auf die Ursachen ihres begrenzten Beitrags für eine Nachhaltige Ökonomie eingegangen. Schließlich werden die Kernaussagen der Nachhaltigen Ökonomie skizziert.

Thomas Sauer untersucht in seinem Aufsatz den Beitrag Elinor Ostroms für die *Begründung einer kontextuellen Ökonomie der Nachhaltigkeit*. Vor dem Hintergrund der Dreifachkrise von Finanzsystem, Erderwärmung und wirtschaftlichem Entwicklungsmodell werden von der Ökonomie neue Antworten auf diese globalen Probleme erwartet. Einen entscheidenden Impuls zu einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft könnte von Elinor Ostrom empirischen und theoretischen Forschungsergebnissen zu einer „Verfassung der Allmende“ ausgehen. Diese zeigen nicht nur die institutionellen Voraussetzungen einer kooperativen Verwaltung von ökologischen Ressourcensystemen auf, sondern begründen diese auch durch eine Neufassung der Theorie menschlichen Verhaltens und die Berücksichtigung von Kontextfaktoren der Mikrostruktur und des sozio-ökologischen Systems als wesentliche Erfolgsfaktoren des Gemeinschaftshandelns.

Niko Paech kritisiert in seinem Beitrag die Paradoxien des Konzeptes eines „Grünen Wachstums“, die er am Fehlschlagen jeglicher Entkoppelungsbemühungen festmacht. Multiple Krisenszenarien, die aus einem expansiven, auf industrieller und globalisierter Arbeitsteilung basierenden Versorgungskomplex resultieren, legen seiner Ansicht nach vielmehr die Notwendigkeit einer *Postwachstumsökonomie* nahe. Dieses Konzept nimmt Abschied von der Hoffnung, dass ein „qualitatives“, „entmaterialisiertes“, „dekarbonisiertes“ Wachstum oder ein „Green New Deal“ prinzipiell möglich und nützlich sei. Solange jedoch das Konzept eines grünen Wachstums, das darauf ausgerichtet ist, Wirtschaftswachstum bei hinreichend innovativer Technikentwicklung von Ressourcenverbräuchen und Umweltschäden zu entkoppeln, nicht als Schimäre entlarvt ist, besteht für die Akzeptanz geschweige denn Durchsetzbarkeit wachstumskritischer Positionen nicht der Hauch einer Chance. Deshalb enthält der vorliegende Beitrag den Versuch, das dichte Gestrüpp an Rebound-Effekten zu strukturieren, die jeden Ansatz einer ökologischen Entkopplung des Bruttoinlandsproduktes systematisch vereiteln.

Christine Lacher beschäftigt sich mit einem konkreten Ansatz zur *Integration der Nachhaltigkeit in die Lehre* und hat die *Auswirkungen auf das Reflektionsvermögen von Studierenden* am Fallbeispiel einer Logistik-Lehrveranstaltung untersucht. Bei Nachhaltigkeit als Zielsetzung stellt „Laissez-Faire“ in der Logistik keine Option dar, deshalb ist eine Werteorientierung in der Lehre unerlässlich. In einem interdisziplinären Pilotversuch wurde das Thema Nachhaltigkeit in eine Lehrveranstaltung der Logistik integriert sowie mit einer Wirkungsanalyse ermittelt, ob sich das wertorientierte Reflektionsvermögen der Studiengruppe deutlich von der Kontrollgruppe (ohne Nachhaltigkeits-Lerninhalte) unterscheidet. Ein dazu erarbeiteter Fragebogen enthält verschiedene Szenarien zu hypothetischen Moralentscheidungen und offene Fragen. Nicht durchgehend zeigen sich Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Aber speziell zum Thema „Moralisches Wirtschaften und Umweltschutz“ weist die Studiengruppe eine deutlich stärkere Problemsensibilisierung auf. Diese Ergebnisse unterstützen die Forderung nach einer verstärkten Integration von Nachhaltigkeit und Ethik in die Lehre.

III

Der dritte Themenblock drehte sich um die strategische Debatte „*Green New Deal – Strategie für den Übergang zu einer Nachhaltigen Ökonomie?*“. Nachdem das Thema im Zuge der nachfragestabilisierenden Maßnahmen gegen die Auswirkungen der globalen Finanzkrise plötzlich in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Debatten rückte, wird hier eine Zwischenbilanz gezogen: Welche Beschäftigungseffekte bringt ein ökologischer Umbau der Wirtschaft? Bedeutet „Green New Deal“ mehr als eine „grüne“ Industrie- und Innovationspolitik – und wenn ja, worin besteht das Neue?

Jürgen Blazejczak kritisiert in seinem einleitenden Beitrag eine Engführung des Themas *Umweltschutz bei Engpässen auf dem Arbeitsmarkt* und fordert eine neue Fokussierung der Debatte die anstelle der alleinigen Fokussierung auf die Beschäftigungswirkungen des Umweltschutzes stärker die Bewältigung ökologischer Herausforderungen als Herausforderung der Wirtschaftspolitik in den Blick nimmt. Seit den 1970er Jahren ist der Umweltschutz in Deutschland häufig in erster Linie unter der Perspektive seiner Beschäftigungswirkungen gesehen worden. Auch in jüngerer Zeit spielte die Verbindung von Beschäftigungssicherung und Umweltentlastung eine zentrale Rolle im Konzept eines Green New Deal. Angesichts der bevorstehenden demografischen Veränderungen und des damit verbundenen Rückgangs des Arbeitskräfteangebots ist diese Sichtweise nicht länger angemessen. Der vorliegende Beitrag greift die Frage nach dem Strukturwandel auf, der sich für Wirtschaft und Arbeitswelt in Szenarien einer weitgehenden Dekarbonisierung der Wirtschaft ergibt. Blazejczak skizziert den Stand des Wissens, zeigt vor allem aber auch die Wissenslücken, die geschlossen werden müssen, damit eine friktionell bedingte Unterauslastung von Ressourcen vermieden werden kann. Dazu sind verstärkte Forschungsanstrengungen notwendig. Ein verbesserter Wissensstand über den Strukturwandel im Zuge einer ökologischen Umgestaltung würde auch die Voraussetzungen für eine Verbindung sozialer mit ökologischen Nachhaltigkeitszielen verbessern.

Matthias Machnig fordert in seinem Beitrag eine *ökologische Industriepolitik*, die anstelle eines beobachteten Attentismus einen echten Fortschritt einleiten könne. Die Folgekosten der ungebremsten Erderwärmung übersteigen denen des Umstiegs auf Erneuerbare Energien um ein Vielfaches. Der Energiewandel hingegen birgt aus Machnigs Sicht enor-

me Wachstums- und Beschäftigungspotenziale. Nichthandeln verstärkt nur das Marktversagen und ist sozialpolitische verantwortungslos. Ohne ordnungspolitische Maßnahmen des Staates, die kontinuierliche Fortschreibung der Grenzwerte und das Setzen entsprechender Anreize bleibt technologischer Fortschritt hinter dem ökologisch Notwendigkeiten und ökonomisch Sinnvollen zurück. Dazu ist eine ökologische Industriepolitik, also ein Set gut aufeinander abgestimmter Instrumente, erforderlich.

Gerhard Schick stellt den *Green New Deal als Antwort auf die aktuellen Krisen* vor. Die drei großen Krisen unserer Zeit – die ökologische Krise des Klimawandels und der Ressourcenübernutzung, die Armuts- und Verteilungskrise sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise – werden meist separat betrachtet. Regelmäßig gerät die eine aus dem Blick, wenn die andere gerade die Schlagzeilen dominiert. Doch die Krisen hängen zusammen und damit müssen auch die Lösungen übergreifend sein. Wenn mit lebenswichtigen Nahrungsmittelrohstoffen spekuliert wird, dann müssen Finanzmarkt und Entwicklung zusammengedacht werden. Ohne neuen sozialen Ausgleich wird es keine stabile wirtschaftliche Entwicklung geben. Der „Green New Deal“ ist ein Konzept für die ökologische Transformation der Wirtschaft, die Neuregulierung der Finanzmärkte und für einen neuen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft, der Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit anstrebt, national wie international.

Danksagung

Hiermit soll ganz herzlich allen an der Konferenz beteiligten Kolleginnen und Kollegen gedankt werden für die spannenden Beiträge und Debatten, außerdem den Sponsoren und der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen als Mitveranstalter für die angenehme Kooperation. Zu nennen ist auch der wertvolle Beitrag der studentischen Mitarbeiter Carina Ludwig, Thomas Windisch und, insbesondere, Jan Schwarz, zum Gelingen der Konferenz. Schließlich war es mir ein außerordentliches Vergnügen mit den Autorinnen und Autoren dieses Bandes zusammen zu arbeiten.